

Rede von Herrn Landrat Pusch zum Abschluss der letzten Kreistagssitzung des Jahres 2016 am Donnerstag, 22. Dezember 2016, Heinsberg, großer Sitzungssaal

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Abschluss des öffentlichen Teils der letzten Kreistagssitzung des Jahres möchte ich traditionsgemäß einige Worte an Sie richten. In dieser Rede geht es in der Regel darum, auf das nun weitestgehend zurückliegende Jahr für den Kreis Heinsberg zurückzublicken und die Geschehnisse einzuordnen. Was bleibt im Kreis Heinsberg vom Jahr 2016, einem Jahr zwischen Trump, Terror und Tihange und vielen anderen Themen, die alles eines gemein hatten: für Aufregung, Diskussion oder zumindest Gesprächsstoff zu sorgen.

Dass der Name eines kleinen wallonischen Dorfes uns Menschen in der Grenzregion einmal so flüssig über die Lippen gehen würde, wäre wohl nie geschehen, wenn dort nicht an den Ufern der Maas mehrere Blöcke eines Kernkraftwerkes existieren würden, die nach ebendiesem Ort Tihange benannt sind. Der Zustand der Reaktoren, der letztlich nur von Fachleuten objektiv beurteilt werden kann, ist aufgrund zahlreicher Aktivitäten und Veröffentlichungen zumindest diskussionswürdig. Da es in Deutschland gesellschaftlicher Konsens ist, der Reaktortechnik nicht mehr zu vertrauen, ist es zwangsläufig, dass man als Grenzregion sozusagen in „entfernter Nachbarschaft“ mehrerer Kernkraftwerke einen kritischen Blick auf diese Reaktoren und ihre Betreiber wirft. Unser Antrieb ist dabei, die Menschen der Grenzregion vor möglicherweise negativen Auswirkungen zu schützen.

Aus diesem Grund hat sich der Kreis Heinsberg dazu entschlossen, die Klage der Städteregion Aachen gegen den Betrieb der Kernkraftwerke in Tihange und Doel zu unterstützen und die Stilllegung der Reaktoren zu fordern. Darüber hinaus haben sich die betroffenen Gebietskörperschaften, die Stadt Aachen, die Städteregion Aachen sowie die Kreise Euskirchen, Düren und Heinsberg in mehreren Arbeitsgruppen mit dem Thema befasst.

Die Arbeitsgruppe „Tihange“ mit ihren Unter-Arbeitsgruppen „Jodtabletten“ und „Information“ haben mehrfach getagt und sowohl für die Verteilung der Jodtabletten sowie die Erstellung einer Informationsbroschüre für alle Bürgerinnen und Bürger schlüssige Ergebnisse vorgelegt. Gemeinsam hoffen wir, dass diese Ergebnisse zum Beginn des neuen Jahres entsprechend umgesetzt werden können.

Leider mussten wir aber auch die Erfahrung machen, dass bei allem Elan und Engagement aus den Kreisen und Kommunen das Land sehr wenig Interesse an dem Thema „Tihange“ zeigt. Um es einmal diplomatisch auszudrücken, nimmt das Land Nordrhein-Westfalen in Sachen „Tihange“ eine sehr neutrale Haltung ein. Dies ist umso enttäuschender, also die Landesregierung aus politischen Kräften zusammengesetzt ist, die sich doch den Kampf gegen die Atomenergie immer gerne auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Ich habe großes Verständnis dafür, wenn sich die Menschen in der Grenzregion um ihre Sicherheit im Hinblick auf einen möglichen Störfall in Tihange sorgen. Wir im Kreis Heinsberg nehmen diese Sorgen sehr ernst, ohne aber in Hysterie zu verfallen. Wir bleiben wachsam und werden als Region gemeinsam alles versuchen, um einen möglichen Störfall unmöglich zu machen.

Schauen wir auf eine andere Form der Energiegewinnung, so gab es im Jahr 2016 zumindest eine sehr erfreuliche Nachricht. Im Juli hat die Landesregierung bekannt

gegeben, dass nun erstmals in Deutschland ein Braunkohleplan verkleinert wird. Begründet wird dies mit der Veränderung energiepolitischer Grundannahmen. Das hat für den Kreis Heinsberg die positive Folge, dass wegen der Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II die 1.400 Menschen in Holzweiler, Dackweiler und dem Hauerhof nicht umgesiedelt werden müssen.

Das letzte Umsiedlungsverfahren betrifft leider noch die 1.600 Bewohner der Orte Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath. Im April hatte es beim ersten Spatenstich zur Erschließung eines neuen Umsiedlungsstandortes in Erkelenz vollkommen zurecht kritische Töne gegeben, weil viele Betroffene an die mit der Umsiedlung zusammenhängenden Belastungen erinnerten und darüber hinaus einen respektvolleren Umgang des Bergbaubetreibers anmahnten.

Gleichzeitig wird auch die Rolle der Braunkohle zur Energiegewinnung zunehmend kritischer gesehen. Das Klimacamp am Rand des Tagebaus im August mag als Beleg dafür dienen. Ich bin froh, dass vor dem Hintergrund der Energiewende auch die Braunkohle zum Auslaufmodell wird.

Der Sinneswandel in Sachen Energie wird in vielen Bereichen deutlich. Selbstverständlich wird der Umstieg auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge noch viele Jahre dauern, was unsere Kreisverwaltung aber nicht hindert, schon jetzt zumindest teilweise auf die Karte E-Mobilität zu setzen.

Unsere beiden elektrisch angetriebenen Dienstwagen sind in der Belegschaft der Kreisverwaltung außerordentlich beliebt und werden entsprechend positiv gesehen. Auch die beiden elektrisch unterstützten Dienstfahrräder werden immer häufiger genutzt. Ich darf mich in diesem Zusammenhang auch herzlich bei der NEW bedanken, die uns hier sehr entgegengekommen ist. Dank der NEW wird es künftig auch eine Ladesäule am Kreishaus geben, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden kann. Darüber hinaus ist die NEW dabei, über eine Studie zu ergründen, in welchen Bereichen es sinnvoll erscheint, öffentliche Ladesäulen aufzustellen.

Am Rande erwähnt sei, dass die neue LED-Beleuchtungstechnik sehr gut geeignet ist, einen bestehenden Energieaufwand deutlich zu reduzieren. Aus diesem Grund wird die komplette Beleuchtung des Kreishauses auf energiesparende LED-Lichtquellen umgestellt.

Meine Damen und Herren,

der Blick zurück auf das Jahr 2016 wäre natürlich nicht komplett, wenn ich an dieser Stelle nicht das Thema „Flüchtlinge“ aufgreifen würde. Viele von uns haben die unterschiedlichsten Facetten des Themas erlebt. Ich habe Menschen erlebt, die froh und glücklich sind, dem Bürgerkrieg in Syrien entkommen zu sein, die froh und glücklich sind, dass unser Land ihnen so sehr hilft.

Wir haben aber auch Menschen erlebt, die vermeintlich als Schutzsuchende in unser Land gekommen sind, um dann Terror und Gewalt auszuüben. Vor diesem Hintergrund sollten wir die Diskussion um Flüchtlinge, Migranten und Integration objektiv und ohne Ideologie – gleich welcher Art – führen. Das Thema ist zu ernst, um es Ideologen und Extremisten zu überlassen.

Werfen wir nun aber den Blick auf die Auswirkungen auf diese Verwaltung. In den verschiedenen Bereichen der Kreisverwaltung hat die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen eine erhebliche Arbeitsmehrung mit sich gebracht. An erster Stelle sei hier das Ausländeramt genannt, das in der jetzigen Situation völlig ausgelastet ist. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausländeramtes ein

großes Lob aussprechen, dafür, dass sie in vielen Arbeitsstunden weit über das normale Maß hinaus ihre nicht immer ganz dankbare Aufgabe erfüllen.

Auch im Ausländeramt haben wir es auf beiden Seiten des Schreibtisches mit Menschen zu tun. Auf der einen Seite Bedienstete der Kreisverwaltung, die verpflichtet sind, ausschließlich nach Recht und Gesetz vorzugehen. Auf der anderen Seite Flüchtlinge und Migranten, die aus den unterschiedlichsten Gründen und auf den unterschiedlichsten Wegen nach Deutschland gekommen sind, um hier dann festzustellen, dass sich vieles nicht so gestaltet, wie man es erwartet hat. So entstehen häufig auf beiden Seiten Belastungssituationen, die wir irgendwie zu meistern haben.

Während wir uns in den letzten Monaten des Jahres 2015 und während des gesamten Jahres 2016 zunächst einmal im Rahmen der Amtshilfe für das Land NRW um die Erstaufnahme von Flüchtlingen und Migranten gekümmert haben, schieben sich nunmehr die Aufgaben in den Vordergrund, für die die Kreisverwaltung originär zuständig ist. Erwähnen möchte ich hier das Jugendamt, das sich um die unbegleiteten Minderjährigen kümmern muss, die Anton-Heinen-Volkshochschule, die zahlreiche Integration- und Sprachkurse anbietet, und schließlich das Kommunale Integrationszentrum im Amt für Bildung und Kultur, das im Bereich Integration vor allem koordinierend tätig ist.

Die Aufnahmeeinrichtung des Kreises in Geilenkirchen-Niederheid wird zum Jahresende aufgelöst. Damit ist das Thema „Unterbringung“ für den Kreis Heinsberg zunächst einmal beendet. Ich hoffe sehr, dass die Frage der Unterbringung nunmehr in geordneten Bahnen in Regie des dafür zuständigen Landes bzw. der Kommunen verläuft und es nicht mehr zu Ausnahmesituationen wie im Herbst 2015 kommt. Am Rande sei erwähnt, dass die Erstattung der dem Kreis Heinsberg durch die Flüchtlingsunterbringung entstandenen Kosten in Höhe von 2,9 Mio. € durch das Land Nordrhein-Westfalen immer noch aussteht.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen sind es rund 70, um die sich das Kreisjugendamt kümmern muss. Diese Jugendlichen sind bei der Einreise in Obhut genommen worden und werden den einzelnen Gebietskörperschaften vom Landesjugendamt zugewiesen. In der Regel wissen wir nicht, um wen es sich tatsächlich handelt, da die meisten Jugendlichen ohne Papiere in Deutschland angekommen sind. Als Geburtsdatum wird in der Regel der 1. Januar 2000 angegeben. Eine Altersbestimmung durch Gutachten ist sehr teuer, sehr aufwändig und dazu doch unsicher, so dass wir damit leben müssen, tatsächlich nicht zu wissen, mit wem wir es bei diesen Jugendlichen zu tun haben. Auch die Gespräche mit diesen Jugendlichen sind sehr schwierig.

Mein Jugendamtsleiter hat mir bestätigt, dass selbst mit Dolmetschern so gut wie nichts über Herkunft und Identität der Jugendlichen herauszubekommen ist. Dennoch versuchen wir alles, um das Bestmögliche für diese jungen Menschen zu erreichen.

Sehr erfreulich sind die Aktivitäten der Anton-Heinen-Volkshochschule und des Kommunalen Integrationszentrums zu bewerten. Beide Stellen sorgen mit viel Engagement dafür, dass erste Schritte in Richtung einer erfolgreichen Integration erfolgen. Kürzlich war ich zu Gast bei einem kurz vor dem Abschluss stehenden Integrationskurs und habe dort sehr schöne menschliche Erfahrungen gemacht und sehr nette Menschen ganz unterschiedlicher Nationalitäten kennen gelernt. Ähnliches kann ich beispielsweise von einer Veranstaltung des kommunalen Integrationszentrums berichten, bei der es um Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland ging.

Da sich der Flüchtlingszustrom zwar verringert hat, aber nach wie vor anhält, wird uns diese Thematik vermutlich noch viele Jahre begleiten.
Meine Damen und Herren,

eine funktionierende Integration hat auch sehr viel mit Bildung und Ausbildung zu tun. Generell wurde dem Bereich „Bildung“ im Jahr 2016 im Kreis Heinsberg große Aufmerksamkeit gewidmet und es hat sich auch wieder einiges getan.

Das Berufskolleg in Geilenkirchen feierte in diesem Jahr ebenso wie die Rurtal-Schule in Heinsberg-Oberbruch einen runden Geburtstag. Wie bei Schulen üblich auch wieder in einem wunderbaren und angemessenen festlichen Rahmen. Ich spüre bei dieser Gelegenheit immer wieder, mit wie viel Engagement und Herzblut in unseren Schulen gearbeitet wird. 2016 hat mir gezeigt: wir können auf unsere Schulen in Kreisträgerschaft stolz sein.

Nach der beschlossenen Neuordnung der Förderschullandschaft geraten wir in diesem Bereich nunmehr auch in ruhigeres Fahrwasser. Die Gebrüder-Grimm-Schule wird zum Schuljahresende 2016/17 geschlossen. Die Liegenschaft soll als bildungsnahe Einrichtung erhalten bleiben. Es ist geplant, dort die Schulpsychologen und das Kommunale Integrationszentrum dort unterzubringen. Gleichzeitig sollen in dem Gebäude die Integrationskurse der VHS stattfinden sowie die Verwaltungs-Lehrgänge des Studieninstituts.

Erfreulich ist darüber hinaus, dass der Weg für die Erweiterung der Rurtal-Schule frei ist. Über das Investitionsprogramm „Gute Schule NRW 2020“ erwartet der Kreis einen Betrag von voraussichtlich 7,59 Mio. Euro. Entsprechende Baumaßnahmen in Folge dieser finanziellen Unterstützung werden vom Bereich Gebäudewirtschaft geplant und dann umgesetzt.

Meine Damen und Herren,

Zum Schluß meines Jahresrückblickes möchte ich noch ein Thema aufgreifen, das mich leider schon geraume Zeit beschäftigt und das wohl noch nicht abschließend ausgestanden ist; es ist aber auch ein Thema, über das eine Menge an Unsinn im Umlauf ist. Das Thema heißt Wasserversorgung Übach-Palenberg.

Ich will hier gar nicht mehr davon anfangen, wie und unter welchen Bedingungen es dazu gekommen ist, dass ein mustergültiges Rekommunalisierungsmodell mit dem Kreiswasserwerk nicht zustande gekommen ist.

Vielleicht nur so viel: Von interessierter Seite wird immer behauptet, es habe „Geheimverhandlungen“ zwischen Kreiswasserwerk, Bürgermeister Jungnitsch und meiner Person gegeben. Das ist Quatsch! Als das Modell stand, wurde es dem kompletten Rat vorgestellt und die Verwaltung beauftragt, es bis zur Abstimmungsreife voranzutreiben. Demgemäß muss ich den Bürgermeister und die Verwaltungsspitze einmal ausdrücklich in Schutz nehmen wenn behauptet wird, er alleine habe den Schadensersatzanspruch von 180.000 Euro zu verantworten.

Ich sehe es vielmehr so, dass dem gesamten Rat bei der Entscheidung für das Enwor-Modell klar war, dass man hier nicht sauber gespielt hat. Warum sonst sollte man mit dem Zuschlag gleichzeitig 110.000 Euro für angebliche „Beratungsleistungen“ an das Kreiswasserwerk beschließen?

Die Antwort mag sich jeder selber geben.

Das ist aber Geschichte, und ich habe für mich unter dieses Kapitel einen Schlusstrich gezogen.

Was aber nicht nur mich, sondern alle Städte und Gemeinden, Räte Kommunalpolitiker

und auch Bürger im gesamten Kreis aufhorchen lassen sollte, ist die Tatsache, dass die Verantwortlichen in Übach-Palenberg leise und klammheimlich nicht nur die Wasserversorgung neu regeln wollen, sondern mit Enwor gemeinsam dabei sind, ein neues Stadtwerk zu gründen, welches auch die Versorgung mit Strom und Gas zum Ziel hat.

Die Stadt Übach-Palenberg ist wie alle Städte, Gemeinden und der Kreis Heinsberg Gesellschafter der Kreiswerke Heinsberg und der West Verkehr GmbH. Wir kämpfen zurzeit darum, unserer West im Wege der Direktvergabe auch in Zukunft den Auftrag zur Wahrnehmung des ÖPNV im gesamten Kreis zu ermöglichen. Davon sind rund 180 Arbeitsplätze abhängig. Das unvermeidbare jährliche Defizit der West wird über die Kommunalholding der NEW ausgeglichen.

Die Stadt Übach-Palenberg profitiert anteilig hiervon mit ca. 400.000 Euro jährlich. Abgesehen davon, dass die Stadt durch den Gesellschaftsvertrag der Kreiswerke vertraglich verpflichtet ist, vor Gründung neuer Stadtwerke die Zustimmung aller anderen Gesellschafter einzuholen, legt man nun ohne Not die Axt an den gemeinsamen Baum der „Solidargemeinschaft ÖPNV“ im Kreis Heinsberg.

Ich bin mir nicht sicher, ob allen politisch Verantwortlichen in Übach-Palenberg die Tragweite dieser Entscheidung wirklich klar ist. Diesen Eindruck habe ich jedenfalls aus ersten Gesprächen gewonnen. Es geht – und das ist wohl nur ein paar Eingeweihten wirklich klar – um weit mehr als das „gute Wasser aus der Eifel“.

Die Solidargemeinschaft im Kreis steht auf dem Spiel.

Denn wenn dieses Beispiel Schule macht, wer soll dann noch anderen verwehren, diesem Beispiel zu folgen und für sich eine Gewinnmaximierung zu Lasten aller zu betreiben? Das am Ende dann alle wieder drauf zahlen, weil Millionen an Steuervorteilen verloren gehen, sei hier beiläufig auch noch erwähnt.

Ich habe daher an Politik und Verwaltung in Übach-Palenberg das unmissverständliche Signal gesendet und wiederhole es hier, dass man den zeitlichen Aufschub den man durch das laufende Gerichtsverfahren gewonnen hat, dazu nutzen möge, die Tragweite der eigenen Entscheidung nochmals zu überdenken.

Aus der bisherigen Berichterstattung zu dem Thema habe ich nicht den Eindruck gewonnen, dass man dieses Thema überhaupt diskutiert hat. Dafür ist es aus meiner Sicht nun aber allerhöchste Zeit!

Und um dazu abschließend noch eine andere Falschbehauptung zu korrigieren: ein Modell, das wir mit der Verwaltungsspitze diskutiert haben, sah die Wasserlieferung durch Enwor und den Betrieb der Wasserversorgung durch Stadt und Kreiswasserwerk vor. So hätten die Bürger in Übach-Palenberg ihr gewohntes Wasser behalten und für die Stadt wäre immer noch ein satter Betrag für die Stadtkasse übrig geblieben.

Ich erkläre hiermit ausdrücklich meine Bereitschaft, über dieses oder alternative Modelle erneut und unvoreingenommen zu verhandeln. Denn es steht eine Menge auf dem Spiel!

Meine Damen und Herren,

zum Abschluss dieser Rede ist es nunmehr aber an der Zeit, Kreistag und Kreisverwaltung für die hervorragende Arbeit und Aufgabenerfüllung im Jahr 2016 ein herzliches Dankeschön auszusprechen. Dieser Dank gilt meiner allgemeinen Vertreterin Frau Machat, den Herren Dezernenten und Amtsleitern und vor allem den Bediensteten.

An dieser Stelle möchte ich einflechten, dass wir uns in der Kreisverwaltung in einem

Generationswechsel befinden, der sich in den kommenden Jahren weiter fortsetzen wird. Unsere gute Personalpolitik und -planung trägt dabei schöne Früchte. Über eine gewissenhafte Potentialanalyse und entsprechende Schulungen von potentiellen Führungskräften sind wir in der Lage, viele Stellen mit guten eigenen Kräften zu besetzen. Darüber hinaus werden die angebotenen Lehrgänge des Studieninstitutes für öffentliche Verwaltung auch von Bediensteten des Kreises Heinsberg sehr stark wahrgenommen.

Ebenso bewährt hat sich unsere Sorgfalt bei der Auswahl der Auszubildenden. Die vielerorts geäußerten Klagen über einen Mangel an Quantität und Qualität der Bewerbungen können wir nicht teilen. Wir haben viele gute Bewerber und wir haben gute Auszubildende.

Die Kreisverwaltung ist ein attraktiver Arbeitgeber. Dies hat sich herumgesprochen. In diesem Jahr haben wir dies mit einem erstmals durchgeführten „Schnuppertag“ für potentielle Lehrstellenbewerber und deren Eltern unterstrichen. Die Resonanz war bei über 120 individuell geführten Informationsgesprächen sehr gut, so dass wir dieses Angebot auch 2017 wieder unterbreiten werden. Bei der Vielfalt unserer Aufgaben und den hohen Anforderungen, die die Bürgerinnen und Bürger völlig zurecht an eine moderne, bürgerfreundliche Verwaltung stellen, stehen wir in der Verantwortung flexible, gut ausgebildete und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Dank gilt wie immer den Herren stellvertretenden Landräten Paffen und Tholen, die wiederum eine ganze Reihe von repräsentativen Aufgaben wahrgenommen haben. Bei Ihnen, den Damen und Herren Kreistagsabgeordneten, möchte ich mich für die engagierte und sachliche Mitarbeit bedanken.

Ebenso danken möchte ich den Vertretern der Presse, denen in einem sich ebenfalls ständig wandelnden medialen Umfeld Dank und Anerkennung für die sachliche und verantwortungsvolle Berichterstattung gebührt.

Ihnen allen möchte ich ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und Glück, Gesundheit sowie viel Erfolg für das Jahr 2017 wünschen. Werten Sie es als Zeichen der Wertschätzung, dass Sie im Anschluss an diese Sitzung zu einem gemütlichen Beisammensein in die Kantine eingeladen sind, wo Speisen und Getränke auf uns warten. Die Damen und Herren der Presse sind selbstverständlich ebenfalls eingeladen.